

KANTON

Bürgerliche halten an Forderungen fest

Steuersenkung FDP und CVP wollen in der Budgetdebatte entsprechende Anträge stellen

VON STEFAN FRECH/ELISABETH SEIFERT

Nächste Woche anlässlich der Debatte im Kantonsrat über das Budget 2012 entscheidet sich, ob im Kanton Solothurn die Steuern sinken werden. Nach den Sitzungen der Fraktionen CVP/EVP/GLP sowie der FDP stehen die Chancen wieder besser, dass die natürlichen Personen im Jahr 2012 weniger hohe Staatssteuern bezahlen müssen. Vor zwei Wochen noch stimmten in der 15-köpfigen Finanzkommission (Fiko) nur noch die drei SVP-Mitglieder und ein CVP-Kantonsrat für einen entsprechenden überparteilichen Auftrag (wir berichteten). Dieser fordert eine Senkung des Steuerfusses von 104 auf 94 Prozent bei gleichzeitiger Überarbeitung des Voranschlags. Die Fiko sprach sich dagegen grossmehrheitlich, also auch mit Unterstützung der CVP und



Interessante Debatte: Werden die Steuern gesenkt? OM

«Wir verstehen unseren Antrag im Sinne einer einmaligen Steuerrück-erstattung.»

Roland Heim, CVP Solothurn

der FDP, für das vorliegende Budget und den heutigen Steuersatz aus.

Während offenbar ein grosser Teil der bürgerlichen Fiko-Mitglieder den warnenden Worten des Finanzdirektors Gehör schenkt, scheint das bei den Fraktionen nicht der Fall zu sein.

«Wir haben mit grosser Mehrheit entschieden, am Steuersenkungsauftrag festzuhalten», sagte gestern Roland Heim (CVP, Solothurn), Präsident der Fraktion CVP/EVP/GLP. Die CVP verzichtet aber, gleichzeitig eine Überarbeitung des Budgets zu verlangen. Eine solche wäre, so Heim, nur dann realistisch gewesen, wenn man den Auftrag bereits in der letzten Session – und damit einige Wochen vor der Budgetdebatte – traktandiert hätte. Das aber bedeute, dass der Vor-

stoss, sofern er überwiesen wird, als unerledigt abgeschrieben werden soll. Den Antrag auf eine Steuersenkung will die Fraktion bei der anschliessenden Beratung des Budgets stellen – trotz der düsteren Finanzprognosen. «Wir verstehen unseren Antrag im Sinn einer einmaligen Steuerrück-erstattung», betont Roland Heim. Die Staatsrechnungen der letzten Jahre seien immer deutlich besser ausgefallen als erwartet – wodurch der Kanton ein stattliches Eigenkapital ansparen konnte. «Mit einer einmaligen Senkung des Steuerfusses um zehn Prozentpunkte soll den Bürgerinnen und Bürgern rückerstattet werden, was sie zu viel gezahlt haben.» Die Senkung der Staatssteuer auf 94 Prozent wird den Kanton im Jahr 2012 rund 60 Mio. Franken kosten. «Wir nehmen in Kauf, dass das Eigenkapital damit belastet wird.» Je nachdem, wie sich die finanzpolitische Zukunft entwickeln wird, behält sich die CVP vor, auch in den Folgejahren Steuersenkungsanträge zu stellen.

FDP: «Nachhaltige Steuersenkung»

Auch die Freisinnigen plädieren für eine Steuersenkung, wie Fraktionspräsident Yves Derendinger (Solothurn) gestern auf Anfrage sagte. Diese soll grundsätzlich aber möglichst nachhaltig sein. Die im überparteilichen Auftrag geforderten zehn Prozentpunkte erachte die Fraktion aufgrund des defizitären Budgets und der ungewissen finanzpolitischen Zukunft als zu hoch.

«Eine Senkung um vier bis fünf Prozentpunkte wäre hingegen realistisch», meinte Derendinger. Den definitiven Entscheid will die Fraktion aber erst am kommenden Dienstag fällen, wobei, so Yves Derendinger, auch taktische Überlegungen eine Rolle spielen werden. «Eine einmalige Steuersenkung um zehn Prozentpunkte ist besser als gar keine.»

Für eine (zumindest einmalige) Steuersenkung um zehn Prozentpunkte setzt sich auch der Vorstand der 51 Kantonsräte zählenden Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft und Gewerbe ein. «Wir haben eine entsprechende Empfehlung abgegeben», sagte gestern Präsident Markus Grütter (FDP, Biberist). Grütter geht mit der Regierung und auch der Fiko hart ins Gericht: «Sie haben beide ein Glaubwürdigkeitsproblem.» In den letzten Jahren sei die Staatsrechnung stets viel besser ausgefallen als das jeweilige Budget. Ähnlich wie die CVP nehme auch die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft und Gewerbe in Kauf, dass die Steuersenkung aus dem Eigenkapital finanziert wird. Die SVP-Fraktion hat bereits am Mittwoch beschlossen, den Steuersenkungsauftrag zu unterstützen. «Wenn die anderen bürgerlichen Fraktionen Anträge einreichen, werden wir diskutieren, ob wir diese unterstützen», meint Fraktionschef Herbert Wüthrich (Gerlafingen). Die SVP setzt ohnehin voll auf ihre Volksinitiative, mit der sie die Regierung zum langfristigen Steuersenken verpflichten will.



Kündigung «mit grossem Bedauern»: Geschäftsführer Zanetti OM

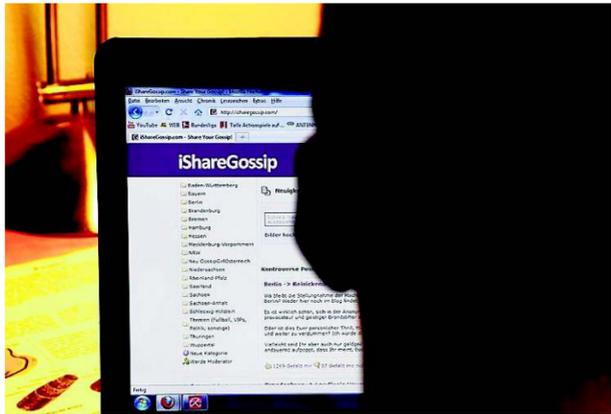
Zanetti verlässt «Perspektive»

Kündigung Die Perspektive, Fachstelle für soziale Dienstleistungen, muss einen neuen Geschäftsführer suchen: Roberto Zanetti hat per Ende März 2012 gekündigt. Dies bestätigt der SP-Ständerat auf Anfrage. Noch an der Perspektive-Generalversammlung letzten Dienstag hatte nichts auf einen Eklat hingedeutet. An jenem Abend aber hatte der Perspektive-Vorstand ein Angebot Zanettis abgelehnt, der als Kompensation für seine ständerätlichen Absenzen «eine substanziale Abgabe» hatte leisten wollen. «Ein sehr faires Angebot», das vom erweiterten Präsidium zur Annahme empfohlen worden sei, wie Vereinspräsidentin Christine Bigolin betont. Der Vorstandsentscheid sei auch für sie «enttäuschend», sagt die Präsidentin, zumal die Perspektive stets massiv vom Netzwerk Zanettis habe profitieren können. «Ich bedaure seinen Entscheid sehr», betont Bigolin – angesichts der Umstände könne sie diesen aber nachvollziehen. (UMS.)

Der Sonntag OT

Lesen Sie morgen in «Der Sonntag»

> Gefahren im Internet: Prävention gegen Cybermobbing an der Kreisschule Gäu



> Religiöser Bund: Die Rosenkranzbruderschaft Leodegar zu Werd im Niederamt.

> Sport und Kulinarik: Was isst der aus Boningen stammende Eishockeystar Samuel Walser?

> Vom Wald in die Metz: Otto Mühle, Jäger und Metzgermeister, über die Schulter geschaut.

Meine Meinung

Verleitung zur Spekulation



VON PETER V. KUNZ

■ EIN WARNHINWEIS ZU BEGINN! Vorsicht: Diese Kolumne wird nicht allen Lesern gefallen ...

Das schweizerische Recht sah früher vor, ein Verhalten unter Strafe zu stellen, das als «Verleitung zur Spekulation» umschrieben werden konnte. Diese Strafnorm, die kaum zu Verurteilungen führte, wurde vor einigen Jahren aufgehoben. Seit einiger Zeit wird verlangt (notabene nicht von Juristen, sondern von Politikern und von Journalisten), ein solches Geschäftsgebaren in der Schweiz erneut zu kriminalisieren. Was ist davon zu halten?

ES GIBT KEINE einfache Antwort. Gerade im Zeitalter der «Abzockerei» sowie des «Lehman Brothers Konkurses» vor einigen Jahren erscheint ein solches Anliegen durchaus sympathisch. Nicht zu unrecht werden als mögliche «Verleiter» zu Spekulationen (insbesondere von Kleinanlegern) anonyme «geldgeile Boni Banker» vermutet – sollten also künftig strafrechtliche Verurteilungen erfolgen, sind es wahrscheinlich «Die Anderen». Populär dürfte eine solche Forderung zur Verschärfung des Strafrechts ohne Zweifel sein. Doch ist es richtig?

JURISTISCH muss ein Straftatbestand klar umschrieben werden. Dies schützt uns alle: Wir müssen genau wissen, welches Verhalten uns zu Kriminellen stempelt (oder eben nicht)! Etwas trivialisiert: Ein «Mord» ist ein «Mord» und ein «Raub» ist ein «Raub», so dass wir uns in etwa darauf einstellen können. Aber was bedeutet «Verleitung»? Was meint «Spekulation»?

BEI EINER ANGEBLICHEN «Verleitung zur Spekulation» gibt es nicht wirklich einen Täter auf der einen Seite und ein Opfer auf der anderen Seite. Vielmehr handelt es sich – wenn wir ganz ehrlich sein wollen – meist um zwei Übeltäter, nämlich einerseits den «Verleiter» sowie andererseits denjenigen, der sich verleiten lässt, indem er selber «spekuliert». Wenn eine solche «Spekulation» schief geht, hat sich der «Spekulant» selber zum «Opfer» gemacht. Ist dies wirklich strafbar? Soll eine Kriminalisierung erfolgen?

WIRTSCHAFTSSTRAFRECHT stellt kein Sozialschutzrecht und kein Konsumentenrecht dar. Wer unverschuldet einen Schaden erleidet, muss sich zwar wehren können. Doch der Staat und seine Strafverfolgungsbehörden haben sich nicht in diese private Angelegenheit einzumischen.

UND EINE ETWAS UNANGENEHME Wahrheit zum Schluss: Vermutlich finden sich fast in jedem von uns –

notabene (mangels Gelegenheit) gut versteckt – kleine «Abzocker» und «Abzockerinnen». Wer kann denn schon «Nein» sagen zu höheren Zinsen bei Sparguthaben einer ausländischen Bank oder bei angeblich «todsicheren Gewinnen» von Anlagen an der Börse.

EIN «BANKEN BASHING» ist einfach und beliebt. Doch was kaum jemand sagt wird: Gerade bei Kleininvestoren scheint oft nicht klar, ob sie primär dumm oder in erster Linie gierig sind – im Ernst: Wer Bankdokumente nicht liest, die er oder sie unterschreibt, ist halt wirklich irgendwie selber schuld ... oder nicht? Sind wirklich immer «Die Anderen» verantwortlich?

MISSBRÄUCHE kamen und kommen in der Schweiz ohne Zweifel vor (gerade etwa beim Vertrieb der bereits erwähnten «Lehman»-Wertpapiere durch eine Grossbank). Doch braucht es als Reaktion darauf jeweils den Gesetzgeber (insbesondere den Strafgesetzgeber)? Jammern und Wehklagen in Gesetze «umzugliessen», ist keine erfolgversprechende Zukunftsstrategie. Gefordert ist somit jeder selbst. Die besten Schutzmechanismen sind nach wie vor: Gesunder Menschenverstand sowie Eigenverantwortlichkeit!

Prof. Dr. Peter V. Kunz ist Rechtsanwalt und Ordinarius für Wirtschaftsrecht sowie für Rechtsvergleichung an der Universität Bern.